

Tagungsbericht: „The UN, NATO and International Courts: New Rules of Engagement“, erster Themenabend der CES Berlin Dialogues in der Reihe „Redefining Justice“ am 12. Januar 2004. Die Reihe wird vom Minda de Gunzburg Center for European Studies (CES) der Harvard-Universität durchgeführt; die Veranstaltung fand im Wissenschaftszentrum Berlin statt. (Mareike Fleischmann)

Themenschwerpunkt war die Zukunft der internationalen Organisationen und des Völkerrechts. Es wurden die Perspektiven internationaler Institutionen und die diesbezüglichen unterschiedlichen Sichtweisen der USA auf der einen und Europa/Deutschland auf der anderen Seite diskutiert.

Der Vortrag des ersten Redners, *Gary J. Bass*, Professor für Politik und Internationale Beziehungen, Universität Princeton, beschäftigte sich hauptsächlich mit der – von ihm nicht befürworteten – Rolle der USA im Zusammenhang mit dem Internationalen Strafgerichtshof. Die Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofs durch die USA begründete er mit der, aus Sicht der USA, anti-amerikanischen Haltung im Zusammenhang mit der Errichtung einer völkerrechtlichen Institution zur Verfolgung von Kriegsverbrechen. Die USA fühlten sich in dieser Sache einer nicht rationalen Ablehnung ausgesetzt und fürchteten, der Internationale Strafgerichtshof würde größtenteils zur Verfolgung amerikanischer Interventionen und amerikanischer Staatsangehöriger benutzt werden. Seine Vorschläge, wie man die USA doch noch zur Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs bewegen könnte, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Institution als solche müßte weniger anti-amerikanisch ausgestaltet sein, um die oben angeführten Befürchtungen der USA zu entkräften. Als weitere Begründung, warum die USA eine gegen sie gerichtete Ablehnung befürchteten und als Versuch, das Verhalten der USA verständlicher zu machen, führte *Bass* zudem die Ereignisse des 11. September an und leitete daraus eine Grundstimmung des Mißtrauens und der Furcht ab.

- Außerdem sollte die Bereitschaft gezeigt werden, den Internationalen Strafgerichtshof zur Verfolgung der Al Qaida zu nutzen, denn die Absicherung gegen terroristische Anschläge habe in den USA derzeit noch höchste Priorität und durch die Anerkennung der Wichtigkeit dieses Anliegens, könnten die USA unter Umständen die Notwendigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs überdenken.

*Bass* schloß seinen Vortrag zum Versuch einer Rechtfertigung der Haltung der USA mit dem Aufzeigen einiger Schwächen des Internationalen Strafgerichtshofs, indem er die Probleme anderer Staaten mit den kodifizierten Begriffsbestimmungen erläuterte. Er führte z.B. Kuba an, das zur Wahrnehmung eigener Interessen die Verhängung eines Wirtschaftsembargos als Kriegsverbrechen definiert haben wollte.

*Angelika Beer*, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, begann ihren sehr allgemein gehaltenen Vortrag über die Beziehungen zwischen den USA und den europäischen Staaten aus der Sicht der Partei der Grünen zur momentanen Situation. Sie führte an, daß einerseits durch die unilaterale Einstellung der USA und der Übergehung der Entscheidung des Sicherheitsrates in der Irak-Frage eine Schwächung der Vereinten Nationen eingetreten sei, daß diese Sichtweise allein aber zu einseitig sei. Vielmehr sei es als eine Herausforderung anzusehen, die multilateralen und gerade die transatlantischen Beziehungen wieder zu stärken. In Deutschland müsse man auch zur Kenntnis nehmen, daß es tatsächlich zu einem Bruch zwischen Europa/Deutschland und den USA nach den Ereignissen des 11. September gekommen sei, weil durch die enorme Erleichterung, daß Europa von Anschlägen

verschont geblieben sei, auf die noch immer andauernde Furcht der Amerikaner vor weiteren Anschlägen nicht ausreichend eingegangen worden sei. Ihren Vortrag schloß sie mit der Bemerkung, daß eine Zusammenarbeit zwischen Europa/Deutschland und den USA sowohl in Afghanistan als auch im Irak erforderlich sei. Die USA könnten den Weltfrieden nicht allein gestalten, vielmehr sei Europa diesem Prozeß gleichermaßen verpflichtet.

*Stefan Kornelius*, Leitender Redakteur für Außenpolitik, Süddeutsche Zeitung, widmete seinen Vortrag hauptsächlich der Rolle der internationalen Organisationen und begann mit der Aussage, daß diese überdacht und an die aktuelle Situation angepaßt werden müsse. Die internationalen Institutionen reichten in ihrer momentanen Ausgestaltung allein nicht mehr aus, um der Supermachtstellung der USA gerecht zu werden. Es müsse den USA die Notwendigkeit internationaler Absicherung verständlich gemacht werden. Sowohl die NATO als auch die Vereinten Nationen würden von den USA nur dann beachtet, wenn sie sie nicht an der Ausübung ihrer eigenen Stärke hinderten.

*Kornelius* war der Ansicht, daß den USA klar gemacht werden müsse, daß der europäische Weg, Politik zu machen, zwar ein anderer sein möge, aber deshalb nicht unbedingt falsch sein müsse. Die Art in Europa Entscheidungen zu fällen, sei davon geprägt, daß man aus alten Fehlern lernen müsse (leider wurde dieser Gedanke nicht weiter ausgeführt, insbesondere nicht dahingehend, welche Fehler gemeint sein könnten).

*Kornelius* forderte in seinem Schlußstatement dazu auf, das Gewicht internationaler Institutionen zu stärken, sich damit abzufinden, daß die USA eine Supermacht seien, sich aber nicht länger hinter dieser Stärke der USA zu verstecken. Er plädierte für die Aufrechterhaltung der Rahmengenüge und warnte davor, angesichts der Haltung der USA an der Notwendigkeit internationaler Organisationen zu zweifeln,

denn die Alternativen seien schließlich schlimmer.

Als letzter Redner knüpfte *Stefan Schirm*, Professor für Internationale Beziehungen und Europäische Integration, Universität Stuttgart, mit seinem Vortrag an das vorher Gesagte an und bestätigte die Ansicht, daß internationale Organisationen gestärkt werden müßten, um ihre Ernsthaftigkeit beibehalten zu können. Er sah hauptsächlich zwei Problemkreise: zum einen den Mangel an Legitimierungen (als Beispiel führte er die Kriegsführung der USA im Irak ohne UN-Mandat an) und zum anderen den Mangel an Strategien. In diesem Zusammenhang kam er nochmals auf die Irak-Problematik zu sprechen und stellte fest, daß sich offenbar niemand wirklich Gedanken gemacht habe, was nach der Besetzung des Iraks geschehen solle. Er plädierte für die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie in dieser Frage. Es seien gemeinsame Anstrengungen erforderlich; die USA könnten das alles nicht allein bewältigen. Als Abschlußstatement forderte er, ein Gleichgewicht der Kräfte innerhalb internationaler Organisationen herzustellen. Vorschläge, wie er sich die Umsetzung dieses Ziels genau vorstelle, wurden allerdings nicht weiter ausgeführt.

Der Themenabend „The UN, NATO and International Courts: New Rules of Engagement“ stellte lediglich den ersten Teil in der Vortragsreihe „Redefining Justice“ dar. Der zweite Themenabend in diesem Zusammenhang fand am 26. Januar 2004 unter dem Titel „The New World Order: From Unilateralism to Cosmopolitanism“, ebenfalls im Wissenschaftszentrum Berlin statt.